

Abonnement
für Halle vierteljährlich 2 M., durch
die Post bezogen 2 M. 50 Pf.; 2 mo-
natlich 1 M. 67 Pf., monatlich 84 Pf.
incl. Befreiung.
Bestellungen werden von allen Reichs-
Postämtern angenommen.

Für die Redaktion verantwortlich:
Carl Zanger in Halle.

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Zwölfter Jahrgang.

Nr. 241.

Halle a. d. Saale, Dienstag den 15. October

1878.

Der Stand der Sozialisten- gesetzdebatte.

Die Dispositionen über Dauer und Verlauf der außerordent-
lichen Reichstagsession sind vollständig über den Haufen ge-
worfen worden. Bekanntlich wollte man die zweite Sitzung in
drei Tagen erledigen, aber an ihrem vierten Tage gelangte
man nur erst dazu, § 5 zu Ende zu bringen und die Dis-
position von § 6 zu beginnen. Derselbe handelt von der Un-
terdrückung sozialdemokratischer Präferenzrechte, ist in gewissem
Sinne der Kernpunkt der ganzen Vorlage und eröffnete eben-
falls wieder alle Schienen der Generaldebatte. In parlamen-
tarischen Kreisen ist man darauf gefaßt, noch die eben be-
ginnende Woche opfern zu müssen; ja es giebt Schwarzseher,
welche auch dieser Berechnung einen zu großen Optimismus
vorwerfen. Am Reichstage lief am Sonnabend sogar das
Gerücht um, daß sich aus den Verhandlungen als Epitome
des Reichstagslernt entwickeln werde. Vorläufig ist das Gerücht
allerdings nicht mehr als Gerücht, allein als absolut unmöglich
darf man die Eventualität nicht betrachten, da in den klassischen
Namen, welcher diesen Verhandlungen gespannt ist, alle Dinge
und noch einige andere hineingepackt werden können.

In jedem Falle schließen die konservativen Stimmen über
das Ziel hinaus, welche eine gewaltsame Zurückdrängung der
Revolutions durch Schlussanträge befürworten. Es war
vollkommen wahr: das Schicksal des Gesetzes steht unan-
geändert fest, doch werden für oder wider man daran gar nichts
geändert werden. Auch sind alle Argumente so vollkommen
erschöpft, daß die allermeisten Redner an trivialer Monotonie
zu leiden beginnen, und daß es für gebildete Hörer nachher
eine unerträgliche Tortur ist, die dem Gemeinplätze der so-
zialdemokratischen Abgeordneten, die in den höchsten durch siegel-
hafte Schimpfworte eine unerwünschte Abwechslung kommt,
gebührend anhören zu müssen. Allein alle diese Gesichtspunkte
sind doch nicht durch gegen die Erwägung, daß es ein po-
litischer Fehler ersten Ranges sein würde, den Sozialdemo-
kraten durch Abschneiden des Wortes ein sehr billiges, aber in
seinem Eintritte auf die Arbeiterklasse sehr folgenreiches
„Martyrium“ zu verschaffen.

Die sachliche Lage, um welche sich am Sonnabend das
Schwurband der parlamentarischen Berufsamkeit drehte, war
die Frage, ob der Hauch des Sozialistengesetzes für Wahlver-
sammlungen gelöst werden solle. Einverleitet konnte man nicht
verkennen, daß, wenn der begehnte Beschluß der Kommission
zum Hause ratifiziert werden würde, das allgemeine Stim-
recht für die Mitglieder der Sozialdemokratie stark beschnitten
würde; andererseits aber lag noch mehr auf der Hand, daß,
wenn alle drei Jahre für je zwei längere Perioden, für die
Wahlen zum Reichstage und den Landtagen der Partikularstaaten,
der Stigmatisierung in Bezug auf Versammlungsvoller Spielraum
gewährt würde, das Gesetz um einen besten Teil seiner Wir-
kung kommen würde. Diese Rücksicht mußte für alle Parteien
entscheidend, welche das Gesetz überhaupt wollen, und so wurde
mit 200 gegen 167 Stimmen die von fortschrittlich-ultramontaner
Seite beantragte Ausnahmebestimmung zu Gunsten der
Wahlzettel abgelehnt. Bei dieser Gelegenheit hat die erste,
namentliche Abstimmung in diesen Debatten statt; die Ab-
stimmungsresultate gaben einen deutlichen Fingerzeig über das
Stimmungsverhältnis, in welchem das Gesetz zur Annahme ge-
langt wird. Die Majorität dürfte nur noch etwas größer
sein, da sich in dieser Spezialfrage unter den Gegnern etwa

ein Dutzend Nationalliberaler befand, an ihrer Spitze Bam-
berger, Kaefer und Stauffenberg.
Augenblicklich gängen die Verhandlungen mitten in der
Diskussion des § 6, die von einem ultramontanen und national-
liberalen Redner auf breiterer Grundlage eröffnet worden ist.
Freiherr v. Böttling vorzuziehens nochmals den bis zum Gel ab-
gebrochenen Humbold, daß der Liberalismus der Vater der
Sozialdemokratie sei, dagegen hielt Bamberger eine große
Rede, die eine Fülle der treffendsten Bemerkungen umfaßte
und in ihrem unmissig schwebenden Gang die lebhaft ange-
regten Hörer über die obere jene schwächere Stelle der logischen
Entwicklung hinweghob. Besonders einschlagend war das
Argument, daß alle, welche das Gesetz als „reaktionär“ ver-
werfen, auf die schlimmste Reaktion zuertümen, denn was jetzt
an freisinnlichen Opfern in einer traurigen Zwangslage ge-
fordert wird, ist ein reines Kinderpiel gegen das eiserne Regi-
ment, welches einen gewaltsamen Erhebungsversuche der
Sozialdemokratie auf dem Fuße folgen würde. Auch sonst
sahnte Bamberger einen Hagel wohlgeleiteter Geishefte auf die
Gegner; unter der bandbaren Feinheit des Hauses kenn-
zeichnete er jene absonderliche Sorte von Politikern, die sich
morgens an den Büschen der Erde vollstrecken, die sich
dennoch für die „schönste Frucht“ der Arbeiter
bedienen. Mißlungen von „Bomade und Petroleum“ nannte
er diese schurkigen Käuze; das geflügelte Wort wird den
parlamentarischen Sprachschatz dauernd bereichern.

Politische Uebersicht.

Der langsame Gang, welchen die Debatten über das So-
zialistengesetz in den Reichstagen nehmen, läßt das
Interesse an demselben mehr und mehr erkalten, zudem ja der
Ausgang der Verhandlungen nicht mehr zweifelhaft erscheint.
Aber so sehr man die inneren und äußeren Wirren, in
welche Oesterreich-Ungarn verwickelt ist, unsere Auf-
merksamkeit in Anspruch. Die Ministerkrise in Ungarn steht
auf dem Punkte, daß v. Seyl nach amtlicher Meldung definit-
vor der Leitung des Finanzministeriums entbunden und Tisza
mit der provisorischen Leitung desselben betraut ist, während
Freiherr v. Wenckheim das Ministerium des Innern provi-
sorisch übernommen hat. Bezüglich der Neubildung des öster-
reichischen Kabinetts hört man, daß nach Brecht vorerst ein
Verzicht gemacht werden soll, in zweiter Linie wird Laake
genannt. In Oesterreich ist man natürlich über die beiden
Zirkularschreiben der Pforte sehr indigniert. Die Aufnahme
derselben bei den übrigen Großmächten zeigt, daß die Pforte
einen sehr unglücklichen Griff mit denselben gethan hat. Der
englische und der französische Vizekönig in Konstan-
tinopel sollen übrigens der Pforte den Rath erteilt
haben, wenigstens eine militärische Konvention mit
Oesterreich einzugehen. Die offiziöse „Montagsrevue“ fertigt
die Verläumdungen der Disziplin der „Muspangarmee“ sehr
kurz damit ab, daß sich Oesterreich selbst dagegen zu schützen
wissen werde. Auf die weiteren Schritte, namentlich auf die
Muspangarmee des Sanitätsrats von Nowiberg, würden weder die
Zirkularschreiben noch die Truppenansammlungen im Vilajet von
Kosowo Einfluß haben. Augenblicklich liege kein Bedürfnis
für die Ausdehnung der Muspangarmee vor; wenn die Sachlage
es aber erheische, werde Oesterreich nur seine Interessen zu
Rathe ziehen. Oesterreich wird stritte an dem Berliner Ver-
trage festhalten und in einer Antwort auf die türkischen Zi-
kularschreiben bald seinen Standpunkt darlegen. — Ungarischer hat
auch General Reinländer seine Aufgabe in Bosnien nahezu
vollendet. Am 10. hat er Bernograth besetzt und die Unter-

werfung der benachbarten Orte entgegengenommen; die In-
urgentenliste Klatus ist eng gerückt. Viele vermuthete In-
surgenten sind allenthalben aufgefunden worden. Der berüch-
tete Hadji Toza ist lebensgefährlich verwundet und wird wohl
sterben, da er die Amputation eines verkrüppelten Beines ver-
weigert. Eine besondere Kommission hat bereits einen Entwurf
der provisorischen Organisation von Bosnien und der Herzego-
winia ausgearbeitet. Die Kommission hat auch die Grundzüge
für die möglichst schnellige Reparatur der bosnischen Flücht-
wege festgelegt, so daß dieselbe nun wohl bald vor sich gehen
wird.

Die Italiener schwimmen „all'onda“, auf den Bogen
des Glüdes. Benedicteverthe Leute, deren Finanzen so gut
sind, daß trotz der Abschaffung der Wahlsteuer keine Steuer-
erhöhung, keine neue Steuer beantragt zu werden braucht, daß
der Finanzminister vielmehr einen Gegenentwurf ausarbeitet,
wonach der bisher am geringsten besteuerte Grundbesitz künftig
ganz von der Grundsteuer entlastet werden soll. Einen
Dämpfer auf etwaigen Uebermut, der aus diesen Verhältnissen
resultieren könnte, legt die Meldung, daß in mehreren Städten
Italiens und namentlich an der Grenze eine internationalistische
Bewegung erwartet wird. Die Regierung hat die strengsten
Befehle zur energischen Verhinderung und Unterdrückung jeden
Aufstrebens erlassen. — Bei den vielen Unterreden,
welche Italien in Egypten hat, konnte es nicht dulden, daß
Frankreich und England in dem ägyptischen Kabinet vertreten
sind, Italien aber nicht. So sind denn Unterhandlungen mit
dem Zwecke eingeleitet, daß das Justizportefeuille einem
Italiener anvertraut werde. — Aus Furcht vor der Impor-
tation des gelben Fiebers ist für die spanischen Pilger eine
dreitägige Quarantäne in Civitavecchia angeordnet worden.

Aus dem Orient liegt die Meldung vor, daß auch die rumä-
nische Deputiertenkammer mit großer Majorität den Beschlüssen
des Berliner Kongresses zugestimmt hat. Die Debatte war
eine so stürmische, daß der Ministerpräsident wegen eines
lärmenden Zwischenfalls erklärte, er lege sein Amt nieder.
Die Uebergabe von Westbalkan an Aulund und die Ueber-
nahme der Dobrußa können nunmehr unverweilt vor sich
gehen. — Ueber die Einführung des Rumänischen der
Russen hören wir nichts Neues; die Pforte hatte den Fieber
begegnet, daß sie in die von den Russen gesäumten Orte nicht
sichere reguläre Verbindungen nachrichten ließ und so der
Versehrung die Möglichkeit gewährte, gegenständig alle persö-
nliche Unbill zu üben. — Es hat sich nunmehr auch die pol-
nische Legion von den Rhodopen in Urgentien getrennt. In
kleinasiatischen wird strenge Aufsicht geübt. Der Sultan hat
gegen mehrere hundert Begs wegen begangener Grausamkeiten
verhängten Todesstrafe befähigt. Der Kommandant von
Habaz, Taif Barcha, ist begrabt, der Kommandant von
Abakadagh, Mahmud Pascha, verhaftet worden.

England, Frankreich und Dänemark interessieren sich heute
nur durch ihre Kolonien. Die Operation gegen Asg ha n i n a ist
eingeleitet, aber mit der geplanten Ueberumpelung von
Alimusid haben die Engländer kein Glück gehabt; dieselbe
ist aufgegeben worden. Das ursprüngliche Programm, wonach
eine kombinierte Vorrichtung von drei Punkten aus im Innern
des November beabsichtigt sei, wird beibehalten werden. Zu
diesem Zwecke werden energische Vorbereitungen getroffen.
Von dem Abgelandten des Bickelings an den Emir von
Afghanistan stelle es noch immer an jeder Nothdurst. —
Frankreich hat mit der Herstellung der Ordnung in Neu-
Kaledonien zu thun. Der Aufstand ist zwar größtentheils
niedergeworfen, flakert aber noch in dem Bezirke von Donjal,
wo mehrere Kolonisten getödtet und verschiedene Besitzungen

Bischof Dupanloup †

Der toeben verstorbene französische Bischof Felix Antoine
Philippe Dupanloup war am 3. Jan. 1802 in Savenoy
geboren. Diese savenoyische Heimat hat sein freisinniges und
ausdauerndes Wesen nie verleugnet. Als Franzose hat er sich,
da Savoyen mittlerweile von Frankreich getrennt
worden war, 1838 naturalisiren lassen.
Schon 1810 kam Dupanloup nach Paris, wo er verschiedene
Schulen, zuletzt Saint Eulpie pöfirte, um dann, 1825,
zum Priester geweiht zu werden. 1827 wurde er Bischof von
Orleans, des Herzogs von Bordeaux, 1828 Koadjutor der Prinzen der
Kronprinzessin. Mit 1831 beginnt seine Thätigkeit in der
Richtung der Erziehung und des Unterrichts der katholischen
Jugend, welches Problem ihm so sehr beschäftigte, daß er es
lange vorzog, nur geistliche Aemter zu bekleiden, in denen er
sich der Jugend widmen konnte und alle übrigen auszu-
schlagen.

Eine bemerkenswerte Episode in seinem Leben ist der
Umgang mit Talleyrand, der sich seiner Vermittelung bediente,
um katholisch zu werden. 1841 erhielt Dupanloup die Professur
der Theologie. Er eröffnete die Lehrthätigkeit mit einem
Ausfall gegen Voltaire. Der Esprit fort des achtzehnten
Jahrhunderts scheint seine persönliche Antipathie gewesen
zu sein.

Bischof von Orleans ist Dupanloup am 6. April 1874 ge-
storben und — geliebt. Er hat als solcher eine ungenügende
Zukunft bewiesen. Unermüdlich vertrat er in Hirten-
briefen, Predigten, Briefen seine Ansichten. Und er sprach
nicht nur über rein kirchliche Fragen, sondern auch mit Vor-
liebe über die sozialen. Er vertrat die jesuitische Doktrin, er
vertrat sogar einmal den Seminarsirer seiner Diözese die Verkünder
des „Unvers.“

In die Akademie wurde er 1854 aufgenommen. Er verließ
dieselbe aber später in gerechtfertigter Weise, als nicht zum
Mitglied gewählt wurde. Er erklärte, nicht neben einem
Atheisten sitzen zu wollen.

Die Rolle, die Dupanloup auf dem Konzil spielte, ist be-
kannt genug. Er war ein Gegner der Infallibilität, und
wenigstens ihrer Opportunität. eines Tages soll Pius IX.
in einem Calendrum von etwas zweifelhaften Güte gesagt
haben, Dupanloup sei kein Wolf, und in der Sache behielt der
Pope recht.

Es mußte den Bischof von Orleans, dieses heilige Gemüths,
bitter schmerzen, als Bannst, der ihm fortwährend netzte,
kränkte, verpörrtete, in Rom den Sieg davon trug. Als aber
dieses sich unterworfen hatte, und ein Mann der Kirche graun-
sam kermelte, es sollte jetzt nur noch eine einzige Unterwerfungs-
erklärung, diejenige des Bischofs von Orleans, da sanfte
auch dieser sein peccavi nach Rom und erhielt dort die Note:
Candabiliter se subiecit. Dem Kardinalskupel aber erhielt er
noch immer nicht. Pius IX. zog ihm Andere vor, die geistig
noch weniger bedeutend waren, wie XIII. aber, vor dem
man wiederholt sagte, er werde Felix von Orleans zu Ehren
bringen, kann es nun nicht mehr, wenn er es wirklich hätte
thun wollen.

In den letzten Jahren nahm Dupanloup an den monarchi-
schen Umtrieben den regsten Antheil. Er war in den Tuile-
rien gern gesehen und mehr Imperialist als Legitimist. Nach
Verjagung Napoleons neigte er sich aber zum Königthum hin.
Man erinnert sich des Briefes, welchen er an Chambord
schrieb, um diesen zu bewegen, in seinen Ansprüchen ein klein
wenig liberaler zu sein, damit man ihn eher zum König
machen könne. Chambord antwortete kühl; er rebete den
Bischof nach dem alten Stil der französischen Könige nur mit
„Monseigneur“ an. Dupanloup sah in der Nationalversammlung,
neueinst in Senat, überall für den Verfall des Kaiserthums
und bemüht, der Republik das Leben sauer zu machen. Das
neue Gesetz über die abendlichen Grade ist hauptsächlich
seines Werkes Kind. — Namentlich ist Bischof Ketteler in Deutsch-
land war auch Dupanloup eine hervorragende publizistische
Kraft, energisch, lebensfähig, immer kampflustig, mehr breit
als tief redend, und freibredend, weniger Philosoph als ein
Mann des Tages, der auf große Kreise zu wirken verstand.
Die meisten Andern, welche violette Strümpfe trugen, über-
trugte er sein Hauptes-Känge.

Dondorf und Söhne.

Roman von Ewald August König.

(Fortsetzung.)

Der alte Mann athmete tief auf, eine schwere drückende
Last schien von seiner Seele genommen zu sein.
„Es gefaßt mir doch nicht, daß Du gerade in diesem Hause
arbeiten willst“, sagte er. „Du gingst besser in eine andere
Stadt, wo man Deine Verdienste nicht kennt. Dein Groß-
vater ist Handwerker, und Dein Vater war es auch, Deinem
Vortommen könnte das hinderlich sein, die reichen Leute —“

„Wenn das Deine einzigen Bedenken sind, dann ist es un-
lös, sie zu äußern,“ unterbrach ihn Roderich aufgedreht;
„solche Vorurtheile kennt man in Amerika nicht, und ich werde
mich auch hier über sie hinwegsetzen. Wenn Du auch nur ein
schlichter Handwerker bist, darum heißt Du in meiner Achtung
um keine Ueile tiefer, als der reiche Mann, der Millionen be-
sitzt. Ich werde Dondorf morgen besuchen und dann in der
ersten Viertelstunde wissen, was ich an dem Manne habe; ge-
fällt er mir nicht, so trete ich auch nicht in nähere Verbin-
dung mit ihm, in andern Falle aber kann diese Verbindung
nur von großem Vortheil für mich sein.“

Meister Schubert schüttelte das Haupt, als ob er anbeuten
wolle, daß er diesen Eigensinn nicht begreife, aber er schwieg;
es mochte ihm wohl klar geworden sein, daß er dem Vorhaben
des jungen Mannes nichts in den Weg legen dürfte.

„Meine Mutter hatte noch eine Schwester“, nahm Roderich
nach einer Pause wieder das Wort, „lebst sie noch?“

Schubert blieb stehen, ein harter, strenger Zug umspielte
seine Mundwinkel, indes die alte Frau mit zitternder Hand
die Lampe anzündete.

„So, sie lebst noch“, erwiderte er, „aber eine fremdbelie-
bige Aufnahme wirst Du bei ihr nicht finden, und deshalb rathe
ich Dir, Dich nicht weiter um sie zu kümmern. Seitdem sie
eine reiche Dame geworden ist, schämt sie sich ihrer Eltern;
vielleicht wird sie sich Deiner nicht schämen, wenn sie erfährt,
daß Du Vermögiger bist.“

„Aber wie ist das möglich —“

von den Insurgenten angegriffen wurden. Der französische Marineminister hat angeordnet, daß der Gouverneur von Cochinchina unverzüglich zwei Kompanie Marine-Infanterie nach Nankin sende. Auch der Krüger „Sugon“ ist aus dem chinesischen Gewässern nach den Salomonen überholt und der Kontrabandist Lu Bettis-Bogus begibt sich am 25. d. ebensfalls dahin. In dem dänischen Vandalistik hat der Auslands in St. Cruz zur Sprache. Nach einer Mitteilung des Finanzministers ist derselbe niedergefallen und die Arbeit auf den meisten der Plantagen wieder aufgenommen worden. Ein der Regierung zugegangenes Telegramm spricht von seinem Verlust an Menschenleben, so daß, wenn ein solcher überhaupt stattgefunden habe, derselbe nur ein unbedeutender sein könne, namentlich sei eine keiner der Beamten bei dem Auslande das Leben verloren zu haben.

Deutsches Reich.

Der Kaiser und die Kaiserin werden voranschicklich gegen den 20. d. W. Baden-Baden verlassen, um sich für einige Wochen, der Kaiser nach Wiesbaden, die Kaiserin nach Koblenz, zu begeben. Lieber Herr Terzin für die Kärntner der hohen Herrschaften nach Berlin ist noch nicht bekannt.

Die Meldung, daß der Reichstagsler ein längeres Schreiben an den Kardinal Nina gerichtet habe, wird Berliner Blättern als gänzlich aus der Luft gegriffen bezeichnet.

Die Rede des Reichstagslers im Reichstage über Frankreich hat in Paris großes Aufsehen erregt. Die Presse sucht nachzuweisen, daß der Reichstagsler in seinen Andeutungen, betreffend die Gesinnungen der französischen Regierung und Presse Deutschland gegenüber und namentlich hinsichtlich der Schwierigkeit, welche Deutschland mit dem Sozialismus findet, zu weit gehe. Einige Blätter erklären, sie wünschten schon aus Mitleid ihren Feinden nichts Böses. Die ible Laune des Reichstagslers gegen Frankreich werde sich daher an eine falsche Adresse. Die Republique Francaise und andere lebende Organe meinen, die Verneinung und Antisinnigkeiten des Reichstagslers entsprängen aus übergroßer Selbstsicherheit und Mangel an hohem Wut. Einige Blätter schlagen sogar den Konföderation über die offizielle französische Presse Karikatur gegen die Republikaner zu schlagen, inobgleich das Journal des Debats sagt, der Reichstagsler befände sich mit seinem Urteil im Irrthum. Die ganzen Kommentare der Presse beweisen, wie sehr die Worte des Reichstagslers hier trafen und wie richtig die Schlussfolgerungen derselben waren. Der Ministerpräsident befragte sich am 11. ebenfalls mit der Rede des Reichstagslers. Das große Publikum zeigt sich einigermaßen beunruhigt durch diese und äußert theilweise Befürchtungen für die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland.

In Bundesratskreisen vertritt man, die Verbindung über das Sozialistengesetz sei in erster Linie davon abhängig, daß das Verbot einer periodischen Druckschrift nicht durch das vorherige Verbot einer einzelnen Nummer bedingt sei, wie die Kommission gemäß dem Antrage Stauffenberg vor schlägt.

Die russische Blätter melden, wird der schon längst geplante Kongress zur Einführung gleicher Maße und Gewichte in verschiedenen Staaten im nächsten Jahre in St. Petersburg zusammentreten und zugleich die Einführung der europäischen Zeitrechnung in Rußland zur Verhandlung bringen.

Die „Welt“ demittirt die Nachricht, der Korvettenkapitän a. D. St. Pauli-Demittirt sei Verfasser der Artikel in der „Deutschen Neuze“.

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung vom 12. Oktober.

Der Reichstag legte heute die zweite Lesung des Sozialistengesetzes in dem bisherigen langamen Tempo fort. Nach

Möglich ist Alles, ich habe das auch erfahren müssen. Madame Stern wird vielleicht selbst Dir erklären, daß ihr alter Vater vor Jahren einmal eine Anleihe bei ihr machen wollte und daß sie kein Geld hatte, die Schulden anderer Leute zu bezahlen. Neben wir heute nicht darüber, es findet sich ja wohl später noch eine Gelegenheit dazu. Du wirst nun bei uns wohnen; der Raum in unserem Hause ist allerdings beschränkt, aber ein kleines Zimmer können wir Dir schon einräumen.“

„Ich bin bereits in einem Gasthose abgezogen, Großvater, und so sehr ich auch für Dein freundliches Anbieten danke, glaube ich es doch aus verschiedenen Gründen ablehnen zu müssen. Sei mir deshalb nicht böse, ich würde Euch in vielen Beziehungen genieren, wenn ich bei Euch wohnete. Meine Zeit des Mittagsessens ist nicht die Eure, wir Amerikaner haben eine ganz andere Lebensweise und es wird einige Zeit dauern, ehe ich mich an die deutschen Verhältnisse gewöhnen kann.“

„Dann also nicht, Du mußt das ja selbst am Besten wissen“, sagte Schubert in einem Tone, der eine gewisse Bitterkeit durchschimmern ließ, „eine Wohnung in diesem Hause mag allerdings nicht passend für Dich sein.“

„Daran habe ich nicht gedacht: die Gründe, die ich Dir nannte, sind die einzigen, die mich bewegen, Deinen Vorschlag abzulehnen. Wenn ich hier eine passende Beschäftigung finde, werde ich das Hotel verlassen und hier in Eurer Nähe eine kleine Wohnung mieten; dann aber werde ich recht oft hierher kommen, um mit Euch zu plaudern.“

„Ja, ja, thue das, mein Kind“, rief die alte Frau, während sie mit ihren weißen Händen lebhaft über die Hand des Entsetzlichen strich; „wir sind alt, sehr alt, und bald geht es mit uns zu Ende; Deine Besuche werden die letzten Visitationen sein, die auf unser Lebenspfad fallen. Wir haben viel geliebt und viel gelitten, lieber Roderich; aber wir murren und klagen nicht, der liebe Gott weiß ja am Besten, was uns frommt.“

„In welchem Hotel bis Du abgezogen?“ fragte Schubert, den diese Bemerkungen unangenehm zu berühren schienen.

„In der Traube“, erwiderte Roderich.

„Das ist kein gutes Haus, es sieht in einem sehr schlechten Ruf.“

„In wiefern?“

„Du, mein sagt, es sei eine Spielhölle. Ich sprach gestern mit dem Kassierer unseres Viertels Hofstraß, weil ich für den Besitzer des Gasthofes arbeite. Die Polizei möchte das Nest gern ausheben, aber sie kann keine Beweise finden, die Spieler sind ihr zu schlau.“

„Wich werden sie nicht in Versuchung führen“, sagte Roderich ruhig; „gegen Hazardspiele habe ich stets eine unbefugbare Abneigung gezeigt. Aber ist es wirklich so, wie Du sagst,

einer kurzen Bemerkung des Abg. v. Müllingerode gegen den Inhalt von Bismarck's gebrauchten Ausdruck „Große Partei Bismarck sans phrase“ erklärt sich Abg. von Czarlinski prinzipiell gegen das ganze Gesetz, um die Machtbeugnisse der Polizei, mit denen in Bezug auf das Verfallrecht die politischen Landesbesten schon jetzt die bittersten Erfahrungen gemacht hätten, nicht noch mehr zu erweitern.

Abg. v. G. (Württemberg) empfiehlt die unveränderte Annahme des § 5 nach den Beschläffen der Kommission.

Abg. v. Stauffenberg hält es für selbstverständlich, daß Wahlverjammlungen, die ausschließlich den Zweck verfolgen, die Wahl eines bestimmten Abgeordneten zu bezwecken, unter die Wahlverjammlungen zu zählen sind, falls die Wahlverjammlungen selbst solche bezweckende Verjammlungen, und es sei deshalb die Annahme des § 5 nach den Beschläffen der Kommission überflüssig.

Reichstags (Sozialdemokrat) erachtet sich zunächst in einer solchen Kritik des Gesetzes im Allgemeinen; er bezeichnet das Gesetz als Landesvertrug (Ordnungsmaß des Präsidenten). Fürst Bismarck selbst habe die Sozialdemokratie als Waffe gegen die früher allmächtige Fortschrittspartei durch seine stillschweigende Duldung großzügig, jetzt werde ihm dieselbe unbenommen, und nun verlange er von der Landesvertretung, Wahlen, um die Wahlverjammlungen zu verhindern, solle man überhaupt jemanden für die jetzigen Zustände verantwortlich machen, so sei es der Reichstagsler selbst, der auf die Anklagebank gehöre. (Diese Anklage richtet sich dann gegen die Sozialdemokratie eroberten Beschäftigungen zu widerlegen und schließlich namentlich, daß sie sich die Wahlen, sondern auch um Landtagswahlen, und die Freiheit der Wahlverjammlungen, die auf der Landesgesetzgebung beruhe, werde durch das vorliegende Reichsgesetz abgeändert, wenn nicht durch eine ausdrückliche Bestimmung des Wahlverjammlungsrecht ganz allgemein sicher gestellt werde.

Der Minister Graf v. Eulenburg schließt sich der Auffassung des Vorgesetzten, daß das durch die Landesgesetzgebung gewährte Wahlverjammlungsrecht durch die Vorlage eingeengt werde, durchaus an. Die Wahlverjammlungen würden, so weit es sich um sozialdemokratische Betreibungen handle, hierdurch allen übrigen Verjammlungen gleichgestellt. Er glaube auch nicht, daß die Wahlverjammlungen eine Ausnahmestellung beanspruchen könnten, denn wenn man die sozialdemokratischen Betreibungen nicht ausgenommen, sondern in die allgemeinen mit einbeziehen wolle, so könne man sie doch auch in Wahlverjammlungen nicht dulden. Sie zu erlassen, daß die Sozialdemokratie in ihren Programmen selbst anerkenne, daß die Wahlen für sie nicht Selbstzweck, sondern nur Agitationsmittel seien.

Abg. Hülsholtz mobilisiert den Reichstagsler unter folgenden Fassung: „Auf Verjammlungen zum Zwecke der den Reichstags-Wahlverjammlungsrecht durch die Vorlage eingeengt werden, durchaus an. Die Wahlverjammlungen würden, so weit es sich um sozialdemokratische Betreibungen handle, hierdurch allen übrigen Verjammlungen gleichgestellt. Er glaube auch nicht, daß die Wahlverjammlungen eine Ausnahmestellung beanspruchen könnten, denn wenn man die sozialdemokratischen Betreibungen nicht ausgenommen, sondern in die allgemeinen mit einbeziehen wolle, so könne man sie doch auch in Wahlverjammlungen nicht dulden. Sie zu erlassen, daß die Sozialdemokratie in ihren Programmen selbst anerkenne, daß die Wahlen für sie nicht Selbstzweck, sondern nur Agitationsmittel seien.“

Abg. v. G. (Württemberg) erachtet sich zunächst in einer solchen Kritik des Gesetzes im Allgemeinen; er bezeichnet das Gesetz als Landesvertrug (Ordnungsmaß des Präsidenten). Fürst Bismarck selbst habe die Sozialdemokratie als Waffe gegen die früher allmächtige Fortschrittspartei durch seine stillschweigende Duldung großzügig, jetzt werde ihm dieselbe unbenommen, und nun verlange er von der Landesvertretung, Wahlen, um die Wahlverjammlungen zu verhindern, solle man überhaupt jemanden für die jetzigen Zustände verantwortlich machen, so sei es der Reichstagsler selbst, der auf die Anklagebank gehöre. (Diese Anklage richtet sich dann gegen die Sozialdemokratie eroberten Beschäftigungen zu widerlegen und schließlich namentlich, daß sie sich die Wahlen, sondern auch um Landtagswahlen, und die Freiheit der Wahlverjammlungen, die auf der Landesgesetzgebung beruhe, werde durch das vorliegende Reichsgesetz abgeändert, wenn nicht durch eine ausdrückliche Bestimmung des Wahlverjammlungsrecht ganz allgemein sicher gestellt werde.

Der Minister Graf v. Eulenburg schließt sich der Auffassung des Vorgesetzten, daß das durch die Landesgesetzgebung gewährte Wahlverjammlungsrecht durch die Vorlage eingeengt werden, durchaus an. Die Wahlverjammlungen würden, so weit es sich um sozialdemokratische Betreibungen handle, hierdurch allen übrigen Verjammlungen gleichgestellt. Er glaube auch nicht, daß die Wahlverjammlungen eine Ausnahmestellung beanspruchen könnten, denn wenn man die sozialdemokratischen Betreibungen nicht ausgenommen, sondern in die allgemeinen mit einbeziehen wolle, so könne man sie doch auch in Wahlverjammlungen nicht dulden. Sie zu erlassen, daß die Sozialdemokratie in ihren Programmen selbst anerkenne, daß die Wahlen für sie nicht Selbstzweck, sondern nur Agitationsmittel seien.“

Abg. v. G. (Württemberg) erachtet sich zunächst in einer solchen Kritik des Gesetzes im Allgemeinen; er bezeichnet das Gesetz als Landesvertrug (Ordnungsmaß des Präsidenten). Fürst Bismarck selbst habe die Sozialdemokratie als Waffe gegen die früher allmächtige Fortschrittspartei durch seine stillschweigende Duldung großzügig, jetzt werde ihm dieselbe unbenommen, und nun verlange er von der Landesvertretung, Wahlen, um die Wahlverjammlungen zu verhindern, solle man überhaupt jemanden für die jetzigen Zustände verantwortlich machen, so sei es der Reichstagsler selbst, der auf die Anklagebank gehöre. (Diese Anklage richtet sich dann gegen die Sozialdemokratie eroberten Beschäftigungen zu widerlegen und schließlich namentlich, daß sie sich die Wahlen, sondern auch um Landtagswahlen, und die Freiheit der Wahlverjammlungen, die auf der Landesgesetzgebung beruhe, werde durch das vorliegende Reichsgesetz abgeändert, wenn nicht durch eine ausdrückliche Bestimmung des Wahlverjammlungsrecht ganz allgemein sicher gestellt werde.

Der Minister Graf v. Eulenburg schließt sich der Auffassung des Vorgesetzten, daß das durch die Landesgesetzgebung gewährte Wahlverjammlungsrecht durch die Vorlage eingeengt werden, durchaus an. Die Wahlverjammlungen würden, so weit es sich um sozialdemokratische Betreibungen handle, hierdurch allen übrigen Verjammlungen gleichgestellt. Er glaube auch nicht, daß die Wahlverjammlungen eine Ausnahmestellung beanspruchen könnten, denn wenn man die sozialdemokratischen Betreibungen nicht ausgenommen, sondern in die allgemeinen mit einbeziehen wolle, so könne man sie doch auch in Wahlverjammlungen nicht dulden. Sie zu erlassen, daß die Sozialdemokratie in ihren Programmen selbst anerkenne, daß die Wahlen für sie nicht Selbstzweck, sondern nur Agitationsmittel seien.“

Abg. v. G. (Württemberg) erachtet sich zunächst in einer solchen Kritik des Gesetzes im Allgemeinen; er bezeichnet das Gesetz als Landesvertrug (Ordnungsmaß des Präsidenten). Fürst Bismarck selbst habe die Sozialdemokratie als Waffe gegen die früher allmächtige Fortschrittspartei durch seine stillschweigende Duldung großzügig, jetzt werde ihm dieselbe unbenommen, und nun verlange er von der Landesvertretung, Wahlen, um die Wahlverjammlungen zu verhindern, solle man überhaupt jemanden für die jetzigen Zustände verantwortlich machen, so sei es der Reichstagsler selbst, der auf die Anklagebank gehöre. (Diese Anklage richtet sich dann gegen die Sozialdemokratie eroberten Beschäftigungen zu widerlegen und schließlich namentlich, daß sie sich die Wahlen, sondern auch um Landtagswahlen, und die Freiheit der Wahlverjammlungen, die auf der Landesgesetzgebung beruhe, werde durch das vorliegende Reichsgesetz abgeändert, wenn nicht durch eine ausdrückliche Bestimmung des Wahlverjammlungsrecht ganz allgemein sicher gestellt werde.

Der Minister Graf v. Eulenburg schließt sich der Auffassung des Vorgesetzten, daß das durch die Landesgesetzgebung gewährte Wahlverjammlungsrecht durch die Vorlage eingeengt werden, durchaus an. Die Wahlverjammlungen würden, so weit es sich um sozialdemokratische Betreibungen handle, hierdurch allen übrigen Verjammlungen gleichgestellt. Er glaube auch nicht, daß die Wahlverjammlungen eine Ausnahmestellung beanspruchen könnten, denn wenn man die sozialdemokratischen Betreibungen nicht ausgenommen, sondern in die allgemeinen mit einbeziehen wolle, so könne man sie doch auch in Wahlverjammlungen nicht dulden. Sie zu erlassen, daß die Sozialdemokratie in ihren Programmen selbst anerkenne, daß die Wahlen für sie nicht Selbstzweck, sondern nur Agitationsmittel seien.“

Abg. v. G. (Württemberg) erachtet sich zunächst in einer solchen Kritik des Gesetzes im Allgemeinen; er bezeichnet das Gesetz als Landesvertrug (Ordnungsmaß des Präsidenten). Fürst Bismarck selbst habe die Sozialdemokratie als Waffe gegen die früher allmächtige Fortschrittspartei durch seine stillschweigende Duldung großzügig, jetzt werde ihm dieselbe unbenommen, und nun verlange er von der Landesvertretung, Wahlen, um die Wahlverjammlungen zu verhindern, solle man überhaupt jemanden für die jetzigen Zustände verantwortlich machen, so sei es der Reichstagsler selbst, der auf die Anklagebank gehöre. (Diese Anklage richtet sich dann gegen die Sozialdemokratie eroberten Beschäftigungen zu widerlegen und schließlich namentlich, daß sie sich die Wahlen, sondern auch um Landtagswahlen, und die Freiheit der Wahlverjammlungen, die auf der Landesgesetzgebung beruhe, werde durch das vorliegende Reichsgesetz abgeändert, wenn nicht durch eine ausdrückliche Bestimmung des Wahlverjammlungsrecht ganz allgemein sicher gestellt werde.

Der Minister Graf v. Eulenburg schließt sich der Auffassung des Vorgesetzten, daß das durch die Landesgesetzgebung gewährte Wahlverjammlungsrecht durch die Vorlage eingeengt werden, durchaus an. Die Wahlverjammlungen würden, so weit es sich um sozialdemokratische Betreibungen handle, hierdurch allen übrigen Verjammlungen gleichgestellt. Er glaube auch nicht, daß die Wahlverjammlungen eine Ausnahmestellung beanspruchen könnten, denn wenn man die sozialdemokratischen Betreibungen nicht ausgenommen, sondern in die allgemeinen mit einbeziehen wolle, so könne man sie doch auch in Wahlverjammlungen nicht dulden. Sie zu erlassen, daß die Sozialdemokratie in ihren Programmen selbst anerkenne, daß die Wahlen für sie nicht Selbstzweck, sondern nur Agitationsmittel seien.“

Abg. v. G. (Württemberg) erachtet sich zunächst in einer solchen Kritik des Gesetzes im Allgemeinen; er bezeichnet das Gesetz als Landesvertrug (Ordnungsmaß des Präsidenten). Fürst Bismarck selbst habe die Sozialdemokratie als Waffe gegen die früher allmächtige Fortschrittspartei durch seine stillschweigende Duldung großzügig, jetzt werde ihm dieselbe unbenommen, und nun verlange er von der Landesvertretung, Wahlen, um die Wahlverjammlungen zu verhindern, solle man überhaupt jemanden für die jetzigen Zustände verantwortlich machen, so sei es der Reichstagsler selbst, der auf die Anklagebank gehöre. (Diese Anklage richtet sich dann gegen die Sozialdemokratie eroberten Beschäftigungen zu widerlegen und schließlich namentlich, daß sie sich die Wahlen, sondern auch um Landtagswahlen, und die Freiheit der Wahlverjammlungen, die auf der Landesgesetzgebung beruhe, werde durch das vorliegende Reichsgesetz abgeändert, wenn nicht durch eine ausdrückliche Bestimmung des Wahlverjammlungsrecht ganz allgemein sicher gestellt werde.

Der Minister Graf v. Eulenburg schließt sich der Auffassung des Vorgesetzten, daß das durch die Landesgesetzgebung gewährte Wahlverjammlungsrecht durch die Vorlage eingeengt werden, durchaus an. Die Wahlverjammlungen würden, so weit es sich um sozialdemokratische Betreibungen handle, hierdurch allen übrigen Verjammlungen gleichgestellt. Er glaube auch nicht, daß die Wahlverjammlungen eine Ausnahmestellung beanspruchen könnten, denn wenn man die sozialdemokratischen Betreibungen nicht ausgenommen, sondern in die allgemeinen mit einbeziehen wolle, so könne man sie doch auch in Wahlverjammlungen nicht dulden. Sie zu erlassen, daß die Sozialdemokratie in ihren Programmen selbst anerkenne, daß die Wahlen für sie nicht Selbstzweck, sondern nur Agitationsmittel seien.“

Abg. v. G. (Württemberg) erachtet sich zunächst in einer solchen Kritik des Gesetzes im Allgemeinen; er bezeichnet das Gesetz als Landesvertrug (Ordnungsmaß des Präsidenten). Fürst Bismarck selbst habe die Sozialdemokratie als Waffe gegen die früher allmächtige Fortschrittspartei durch seine stillschweigende Duldung großzügig, jetzt werde ihm dieselbe unbenommen, und nun verlange er von der Landesvertretung, Wahlen, um die Wahlverjammlungen zu verhindern, solle man überhaupt jemanden für die jetzigen Zustände verantwortlich machen, so sei es der Reichstagsler selbst, der auf die Anklagebank gehöre. (Diese Anklage richtet sich dann gegen die Sozialdemokratie eroberten Beschäftigungen zu widerlegen und schließlich namentlich, daß sie sich die Wahlen, sondern auch um Landtagswahlen, und die Freiheit der Wahlverjammlungen, die auf der Landesgesetzgebung beruhe, werde durch das vorliegende Reichsgesetz abgeändert, wenn nicht durch eine ausdrückliche Bestimmung des Wahlverjammlungsrecht ganz allgemein sicher gestellt werde.

Der Minister Graf v. Eulenburg schließt sich der Auffassung des Vorgesetzten, daß das durch die Landesgesetzgebung gewährte Wahlverjammlungsrecht durch die Vorlage eingeengt werden, durchaus an. Die Wahlverjammlungen würden, so weit es sich um sozialdemokratische Betreibungen handle, hierdurch allen übrigen Verjammlungen gleichgestellt. Er glaube auch nicht, daß die Wahlverjammlungen eine Ausnahmestellung beanspruchen könnten, denn wenn man die sozialdemokratischen Betreibungen nicht ausgenommen, sondern in die allgemeinen mit einbeziehen wolle, so könne man sie doch auch in Wahlverjammlungen nicht dulden. Sie zu erlassen, daß die Sozialdemokratie in ihren Programmen selbst anerkenne, daß die Wahlen für sie nicht Selbstzweck, sondern nur Agitationsmittel seien.“

Abg. v. G. (Württemberg) erachtet sich zunächst in einer solchen Kritik des Gesetzes im Allgemeinen; er bezeichnet das Gesetz als Landesvertrug (Ordnungsmaß des Präsidenten). Fürst Bismarck selbst habe die Sozialdemokratie als Waffe gegen die früher allmächtige Fortschrittspartei durch seine stillschweigende Duldung großzügig, jetzt werde ihm dieselbe unbenommen, und nun verlange er von der Landesvertretung, Wahlen, um die Wahlverjammlungen zu verhindern, solle man überhaupt jemanden für die jetzigen Zustände verantwortlich machen, so sei es der Reichstagsler selbst, der auf die Anklagebank gehöre. (Diese Anklage richtet sich dann gegen die Sozialdemokratie eroberten Beschäftigungen zu widerlegen und schließlich namentlich, daß sie sich die Wahlen, sondern auch um Landtagswahlen, und die Freiheit der Wahlverjammlungen, die auf der Landesgesetzgebung beruhe, werde durch das vorliegende Reichsgesetz abgeändert, wenn nicht durch eine ausdrückliche Bestimmung des Wahlverjammlungsrecht ganz allgemein sicher gestellt werde.

Der Minister Graf v. Eulenburg schließt sich der Auffassung des Vorgesetzten, daß das durch die Landesgesetzgebung gewährte Wahlverjammlungsrecht durch die Vorlage eingeengt werden, durchaus an. Die Wahlverjammlungen würden, so weit es sich um sozialdemokratische Betreibungen handle, hierdurch allen übrigen Verjammlungen gleichgestellt. Er glaube auch nicht, daß die Wahlverjammlungen eine Ausnahmestellung beanspruchen könnten, denn wenn man die sozialdemokratischen Betreibungen nicht ausgenommen, sondern in die allgemeinen mit einbeziehen wolle, so könne man sie doch auch in Wahlverjammlungen nicht dulden. Sie zu erlassen, daß die Sozialdemokratie in ihren Programmen selbst anerkenne, daß die Wahlen für sie nicht Selbstzweck, sondern nur Agitationsmittel seien.“

§ 6 handelt von dem Verbot von Druckschriften mit sozialdemokratischer, sozialistischer oder kommunistischer Tendenz. Frhr. v. Hertling (Zentrum) äußert sich sehr abbrechend über den Ton, der in abdrückten Druckschriften, namentlich auch in liberalen, herrsche, will aber gleichwohl von einem politischen Streit ablassen. Am Ende des Vortrags erwidert er sich gegen das Verbot von Druckschriften „sozialistischer“ Inhalts.

Wamberger konstatirt, daß Vordere, indem er sich bereit erklärt, auf dem Wege der Disziplinierung der öffentlichen Meinung Maßregeln gegen unethische Schriften zu ergreifen, sich in Widerspruch mit seinen Parteigenossen gestellt habe. Diese Disziplinierung ist nicht möglich ohne Unterdrückung der Pressefreiheit, während die Freunde des Vordere sich immer für unbedingte Pressefreiheit ausgesprochen habe. Wenn Bismarck sagt, wir legen uns durch Annahme des Gesetzes den Strich um den Hals, dann ist es eben kein Ausnahmefall. (Choi) im Zentrum) Wir wissen, daß wir uns und Allen gewisse Beschränkungen auferlegen, weil anderwärts die Ausbreitung der Sozialdemokratie zur Reaktion führen würde. Sie aber (an das Zentrum gerichtet) unterstützen die Sozialdemokratie, weil Sie die Reaktion wollen. Sie fürchten nicht die Kommune, die Ihre Wünsche erschließen würde, weil Sie wissen, daß das deutsche Volk Sie schätzen wird, ja, weil Sie nicht so leichten Herzens Bindungen mit der Sozialdemokratie schließen. (Choi) im Zentrum) Hier habe ich die Affen, wollen Sie sie hören? (Zamohl) im Zentrum) Nieher verleiht alsdann einen Wahlkurs der Sozialdemokraten in Mainz, welcher die Wähler auffordert, bei der Stichwahl für Dr. Woulang zu stimmen, da derselbe die nachstehenden Forderungen schriftlich unterzeichnet habe. Auf Weiter ist die Meinung verpflichtet sich zu wirken gegen Abänderung des Wahlgesetzes, gegen alle Ausnahmefälle und gegen Verneinung der Steuern und Lasten. (Das Zentrum begleitet die Meinung jeder Forderung mit lauten Bräusen) Wamberger fährt in der Vertiefung fort: „Jede Stimme, welche in Mainz für Dr. Woulang abgegeben wird, ist in Mainz für die Wähler des Reichstags gegeben, da dort die Ultramontanen für Nieherst stimmen. Von allen großen Fraktionen hat nur das Zentrum ein solches Bündnis gemacht. Die Sozialdemokratie wird jetzt die Einführung machen, daß die Bourgeoisfreiheit auch für sie gleichgültig ist. Für mich bedeutet die Annahme des Gesetzes die offizielle Proklamation der Umkehr der Denkungsart der Deutschen Nation gegenüber der Sozialdemokratie.“ Wamberger wendet sich alsdann gegen den Reichstagsler, der unmittelbar nach den Wahlen im Reichstage eine posthume Liebeserklärung an Laßalle zum Besten gegeben habe. Fürst Bismarck habe seiner Produktivität gegenwärtigen mit Staatshilfe beizutreten; das beweise, daß die Regierung die zulässigen Forderungen der Sozialdemokratie erlaube. Wo aber sei die Grenze? Eine Kommune der Regierung die sozialdemokratische Richtung eintritt nicht einen solchen Einfluß auf die Universitäten genommen haben, wo fast alle Lehrstühle der Volkspädagogik mit Anhängern derselben besetzt seien. Ich erlaube: ich nehme dieses Gesetz trotz der Regierung an, damit in ihm ein Denkmal errichtet wird für die Nation, damit sie sich erinnern, wie gefährlich die Spielereien waren, zu welchen sich Wissenschaft, Leben und Regierung verurteilt waren. Die Debatte wird vertagt. In persönlichen Bemerkungen jüden Woulang und Nieherst die Anklage Wamberger's zu entkräften. Wamberger konstatirt, daß die Weiden ihrer Angaben nur beiläufig hätten. Er hat sich vor der öffentlichen Ordnung hat er behalte sich vor, bei nächster Gelegenheit die durch die Presse der feindlichen Parteien und der Regierung verbreiteten Lügen zu widerlegen, was ihm einen Ordnungsruf seitens des Präsidenten zuschick. Fortsetzung Montag.

Salz, den 13. Oktober.

Die mehrfach von uns besprochene Angelegenheit der Restituierung der „Jahnsöhle“ und Anbringung einer Gedenktafel für Fr. Ludw. Jahns an der Höhe ist nunmehr so weit gediehen, daß die Einweihungs- resp. Entbillungsfeier am 20. d. stattfinden kann. Die Festheilnehmer veranlassen sich nach dem Besuche in der letzten Kommiss-Sitzung vornehmlich um 11 Uhr „Festbegleiter“ um sich von da im geschlossenen Zuge nach der Altentruerlei zu begeben und theils auf den Festen theils auf GONDEN sich um die Höhe zu schaaren. Nachdem die Feier durch einen patriotischen Gesang eingeleitet ist, wird Herr G. v. Wald bei einer Ansprache nach und später werden sich die Teilnehmer in der Altentruerlei zu Gedenksteinen gestellt zusammenfinden.

Regional-Veränderungen im Bezirke der kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Halle) Ernannt sind: der Postinspizitor

in der Nähe des Bahnhofs lagen so viele Gasthöfe so erwie bis zum letzten Rang, daß auch in der freiesten Zeit die Bedürfnisse vollständig gedeckt war, und nur von denen, die ein weniger geräumvolles Vergnügen suchten, verzerrten dann und wann Einiges in die „Traube“, in der sie allerdings so gut aufgehoben waren, wie in einem der ersten Gasthöfe.

Der Besitzer dieses Hauses bot Alles auf, um seine Gäste zufrieden zu stellen, sie wohneten und speisten bei ihm vorzüglich und forderten sie vor der Abreise die Rechnung, so erstanten sie über die billigen Preise, für die sie so vorzüglich bedient worden waren.

In diesen Gästen, die nur in sehr geringer Anzahl und nur vorübergehend für kurze Zeit in seinem Hause wohneten, konnte der Wirth wenig oder gar nichts verdienen, dennoch vermehrte sein Vermögen sich von Jahr zu Jahr; er kaufte in jedem Jahre Staatspapiere oder ließ namhafte Kapitalien auf sichere Hypotheken aus, dabei lebte er mit seiner zahlreichen Familie auf breitem Fuß, und schon Wanda hat sich vergeblich den Kopf darüber zerbrochen, woher er das viele Geld nehmen mochte.

Allerdings war die „Traube“ als Restauration ein hart bedrücktes Lokal, aber solcher Lokale gab es viele in der Stadt, und an den Speise- und den billigen Weinorten, die dazu getrunken wurden, konnte der Wirth wahrlich nicht so viel verdienen, er mußte also außerdem eine besondere Erwerbsquelle haben, und die liebe Neugier bewog Wanda, dieser Quelle nachzuforschen.

Bermuthungen entstanden rasch, sobald man nur einen Haltpunkt für sie gefunden hatte, und vor, suchen will, der findet auch.

Unter den Gästen, die täglich die „Traube“ besuchten, befanden sich einige Offiziere, Cellare und Söhne reicher Kaufherren, und während einige Laubbäume behaupteten, sie sähen diese Herren stets in das Hotel hineingehen, nie aber herauskommen, versicherten Andere, sie seien oft in der Morgenfrühe durch Gelagerte und deren Stimmen aus dem Schlafe geweckt worden, und dieser Käse kann nur durch die Gäste der „Traube“ verriecht worden sein.

Nur aber wurde die Thür des Gasthofes jeden Abend mit dem Glockenlaute geschlossen und von diesem Augenblicke an blieben mehr in's Haus hineingelassen; was geschah hinter den verschlossenen Thüren während der Nacht? Die Antwort auf diese Frage war halb gefunden, und mit ihr hatte man auch die geheimnißvolle Erwerbsquelle des Wirths entdeckt.

(Fortsetzung folgt.)

Drittes Kapitel.

In der „Traube“.

Das Hotel „zur Traube“ war ein Gasthaus zweiten Ranges, und da es für die Reisenden ziemlich abgelegenen lag, so wurde es von diesen wenig besucht. Sowohl an der Fassade

Gebrüder Schultz

Halle a. d. S., Große Steinstraße Nr. 70, Ecke der Neuhäuser

halten ihr großes Lager gediegener

Winter-Mäntel

zu billigen doch ganz festen Preisen angelegentlich empfohlen.

Ausverkauf von Tapissierewaaren

Leipzigerstraße 4, I. Etage: Großartige Auswahl, neueste Muster, außerordentlich billige Preise. — Dauer 2-3 Wochen.

Elegante Winter-Ueberzieher, Mode 1878,

in Perle, Flokoné, Double, Ratiné, Velour schon von 6 Thlr. an bis 8, 10, 12 und 14 Thlr. empfiehlt

Leopold Loewenthal, 66. Gr. Steinstr. 66.

Zum Ein- und Verkauf von Werthpapieren, sowie zur Besorgung aller in das Bankfach gehörenden Geschäfte empfiehlt sich
Chr. Kind.



Pianoforte-Fabrik

von

R. Hoffmann,

Halle a/S., Kleine Ulrichsstraße 26, hält ihr grosses Lager ganz ergebenst empfohlen.

Kronleuchter für Petroleum und Kerzen,

Petroleum-Salon-Lampen,
Petroleum-Hänge-Lampen,
Petroleum-Tisch-Lampen,
Petroleum-Ampeln, farbige,
Petroleum-Billard-Lampen,
Petroleum-Doppel-Arme,
Petroleum-Hand-Lampen,
Petroleum-Wand-Lampen,
Petroleum-Spiegel-Lampen,
Petroleum-Nacht-Lampen,
Petroleum-Laternen,
Petroleum-Messer,

Illustrirter Preis-Courant gratis!

sowie als Specialität: Vollständige Küchen- und Wirthschafts-Einrichtungen für Privathaus-halte, Rittergüter, Hotels, Gastwirthschaften, Conditorien etc. empfiehlt:

Richard Schnabel in Leipzig, Wintergartenst. 7.

H. F. Hildebrand's

Kunsthäuferei, Druckerei und Wasch-Anstalt, am Moritzthor 5 u. Wochenmarktsschneittunde, empfiehlt sich ergebenst.



Cagliostro-Theater von E. Basch,

Königsplatz Leipzig.
Heute, sowie täglich 2 große Vorstellungen
4 und 7 1/2 Uhr.

In beiden Vorstellungen: Die Flugmaschine, Die Fakyr, Protheus, Agiosop, Wunderfontaine, lebende Bilder, Crystalgrotte etc. * Casseffindung unterbrochen von 10 Uhr Morgens an. In allen Nachmittagsvorstellungen zahlen Kinder unter 12 Jahren auf den 3 ersten Plätzen die Hälfte.

E. Basch.

Deutscher Verein zum Schutze der Vogelwelt zu Halle.
Monatsversammlung am Mittwoch den 16. October cr. Abends 7 1/2 Uhr im „Goldenen Arm“ zu Merseburg.

Schöner Zimmer Schmuck!



Emaille-Photographien auf Glas, Sculpturen, Landschaften etc. in Bronze und antiken Holzrahmen von 90 Pf. an bei

M. Köstler, Poststraße 10.

Gustav Regel

Korkstopfenfabrik Schmalkalden i. Thür.

Zohgerberei u. Federhandlg.

Strohhoopfe 12 v. L. Keitel.

Eigenes sowie bestes für und ausländisches Galvanit. — Billigste Preise.

Bernhard Hirschke, Leipzig,

Ecke der Gerberstraße und Wangelplatz.

Cigarren-Geschäft

En gros En detail

empf. ganz vorz. Fabr. in allen Breislag.

Blätter-Tabake

in allen gangbaren Sorten empfohlen sehr preisw. —

J. P. Sichter.

Giftfreie Anilinfarben

zum Anfärben jeder Art Stoffe, als: Wolle, Seide, Leinen, Baumwolle, auch Leder, künstlicher Blumen etc. Die Anwendung ist sehr leicht und einfach und kostet das Backet 25 und 50 c bei

Heimbold & Co., Leipzigstraße 109.

Zucker, Rosinen, Corinthen

empfiehlt

Herrn Hartick, Leipzigerstr. 40.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.



Winden, Flaschenzüge, Ketten aller Art

billigst bei

Otto Linke,

Königsplatz Nr. 6.



Beachtungswerthe Offerte. Sehr feine

HAVANA-CIGARETTEN

à Mille 60, 75, 90, 100, 110 und 120 Mark.

Usortirte Havana à Mille 55 Mark.

Echte Cuba-Cigarren in Origin-Bark-Packeten je 25 Stück à Mille 60 Mk.

Marilla-Cigarren à Mille 60 Mk.

Havana-50 Stück à Mille 50 Mk.

Java-Brand-Cigarren, gute Qualität, à Mille 55 und 50 Mk.

Feine Cigaretten Tabackdeckblatt 1 Mk. Aroms. Geschmack und Brand vorzüglich. 60 Stück semle franko. A. Genschlor, Breslau.

Billig

Zämmliche Schreilbartkel in bester Qualität bei

G. E. Krause, am Leipzigerthurm.

Alte Hüte

macht (auch Damenhüte baraus) in 24 Stunden so schön wie neu für 10 Cgr. Untermacher-Verfahrt Spiegelgasse 10.

Handschuhschneiderei (sunder u. schnell für 15 Pf.). Nachstrasse 10, v.

Kleider sowie Häckerei jeder Art fertig! Nauergasse 10, 3. Etage.

Stadt-Theater.

Dienstag den 15. October 1878.

Abonnement suspendu

Ensemble-Gastspiel vom Stadt-Theater zu Leipzig.

Nathan der Weise.

Dramatisches Gedicht in 5 Acten von G. E. Lessing.

Preise der Plätze:

Fremden-Orchester- und Procenium-Loge 4 Mk., Balcon 3 Mk., Parquet und Parquetlogge 2 Mk. 50 c, I. Parterre-loge und I. Rang Mittelloge 2 Mk., I. Rang Seitenloge und II. Parterre-loge 1 Mk., II. Rang Mittelloge 75 c, Gallerie 50 c.

Restaur. z. gold. Stern.

Donnerstag den 17. October

Schlachtfest.

Feil 9 1/2 Uhr Wellfleisch, Abends bis. Wurst u. Suppe.

Weidenhammer's Restaur.

Heute Montag

Schlachtfest.

Bier fein.

Hall. Turn-Verein.

Donnerstag den 17. Oct. Abends 8 Uhr

Ausserordentliche Generalsammlung, in der händ. Turnhalle.

Verein der Krieger von 1866 ab. Die Generalsammlung (Aufsichtung) findet wegen einer unvorhergesehenen Reise des Kom. Fruchts erst Dienstag den 22. d. Mts. im „Sirtenthat“ statt. Julius Lüdertich, Vorsitzender. Für den Anwesenheit verantwortlich 28. König in Halle. Mit Beilage.

Herren- und Damen-Filzhüte werden modernisiert und gefärbt in der Stroß- und Filzhut-Fabrik von **R. Barth, alter Markt 30.**

Concursmassen-Ausverkauf. Der Ausverkauf der aus der Julius Baumbach'schen Konfak-Fabrik herrührenden Waarenbestände, bestehend in **Herren- und Knaben-Garderobe** findet heute und folgende Tage 6. Leipzigerstraße 6. von 8-12 Uhr und von 2-6 Uhr zu Tagespreisen statt.

Gaselnrichtungen, Wasserleitungen, Bade- und Closeteinrichtungen. **P. Rouvel Nachf., alter Markt.**

Einen größeren Vorken 2 Zoll starke, splintfreie, polnische Kieferbohlen, Stomwaare, I. Classe, welche zu Wöthcherwecken sich sehr gut eignen, kann ich außerordentlich billig abgeben. **Halle a/S. Carl Lüttig, Magdeburger Straße 46.**

Staatlich concessionierte **Baugewerkschule zu Treuenbrietzen**

Regierungs-Bezirk Potsdam. Beginn des Semesters am 2. November a. e. Geometrischen v. Semesters von 20 Mk. an. Programme gratis durch den Magistrat der Stadt Treuenbrietzen. Der Director: Baumeister Kersten.